

Einschnitte müssen benannt werden

Die Reduzierung der Ausgaben quer durch alle Budgets um zehn Prozent bestimmt die Diskussion um den Haushalt. In diesem Zusammenhang scheinen neue Konstellationen im Stadtparlament möglich. Stimmen CDU und Grüne gar mit den „Reps“? / Von Lars-Erik Gerth

Die Maintaler Kommunalpolitik wird einfach nie langweilig. Für Überraschungen ist in der zweitgrößten Stadt des Main-Kinzig-Kreises immer gesorgt. Die Diskussion um den Haushalt für das Jahr 2011 fördert nun Konstellationen zu Tage, mit denen noch vor wenigen Wochen nicht zu rechnen gewesen ist. Im Mittelpunkt des politischen Schlagabtauschs stehen dabei jene zehn Prozent Einsparung quer durch die Budgets aller städtischen Fachbereiche, die Bürgermeister Erhard Rohrbach in das Konsolidierungsprogramm geschrieben hat. Dabei ist offiziell weiterhin überhaupt nicht klar, in welchen Bereichen genau gespart werden soll. SPD und WAM befürchten vor allem Einschnitte bei den sozialen Leistungen der Stadt. Aber auch die FDP übt herbe Kritik an den nicht mit Inhalt gefüllten zehn Prozent Kostenreduzierung. Die Liberalen sind damit aus der bisherigen Haushalts-Mehrheit mit CDU und Grünen ausgeschert. In den vergangenen

drei Jahren hatten diese drei Fraktionen jeweils gemeinsam das Zahlenwerk des hauptamtlichen Magistrats durchgewunken. Allerdings hatte die FDP bereits im vergangenen Jahr für Aufsehen gesorgt, als sie die von Rohrbach geplante Erhöhung der Grundsteuer um 70 auf 420 Prozentpunkte verhinderte. Diese beträchtli-

POLITIKUM

che Steueranhebung hat das Stadtoberhaupt zwar wieder auf die Agenda gesetzt. Die heiße politische Diskussion dreht sich jedoch in erster Linie um die mittlerweile schon fast berühmten zehn Prozent Budgetkürzungen.

Der hauptamtliche Magistrat wäre nun gut beraten, die Fakten endlich auf den Tisch zu legen und zu sagen, wo die Einschnitte tatsächlich erfolgen sollen. Erst dann macht es Sinn, den Haushalt in sei-

ner Breite zu diskutieren und dafür demokratische Mehrheiten zu suchen. CDU und damit auch Rohrbach sowie die Grünen würden dem Ruf der Stadt Maintal im Übrigen einen Bärendienst erweisen, wenn sie den Haushalt auf Gedeih und Verderb – möglicherweise sogar mit den im Parlament nur körperlich anwesenden beiden Vertreterinnen der so genannten „Republikaner“ – durchdrücken würden.

Zudem wäre es auch ehrlich gegenüber den Bürgern, die am 27. März 2011 ein neues Stadtparlament wählen, wenn jetzt ohne Umschweife gesagt wird, wo bei den städtischen Leistungen der Rotstift angesetzt werden soll. Nicht zuletzt der Bürgermeister muss nun klar Farbe bekennen. Die kommenden Tage bis zum 13. Dezember bleiben auf jeden Fall spannend.

*

Wie stehen Sie zu dem Thema?

Lassen Sie es uns wissen!

☎ (0 61 81) 40 90 22

✉ redaktion@maintaltagesanzeiger.de